



Foto: picture alliance/dpa-Zentralbild

Im Jahr 1917 stehen – wie hier in Berlin – Frauen an den Lebensmittelgeschäften Schlange.



Foto: SoVD-Zeitungsarchiv

Sophie Goetzke, verstorben im Jahr 2007, war von 1976 bis 1995 Bundesfrauensprecherin. Sie war Nachfolgerin von Gustel Fock. Das Foto zeigt Sophie Goetzke (links im Bild) bei einer Reichsbund-Ehrenschild-Auszeichnung durch den damaligen 1. Reichsbundvorsitzenden Rudolf Kleine (Mitte).

Auch die sozialpolitische Frauenarbeit im SoVD, früher Reichsbund, währt bereits fast 100 Jahre

Aus der Not heraus zur großen Stütze erwachsen

Als das organisierte Engagement der Frauen im SoVD – zwei Jahre nach Gründung des Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer als reinen Männerverein – seinen Anfang nahm, kam dies in den Augen vieler Mitglieder einer Art Revolution gleich. Dabei hatten die ersten Frauen im damaligen Reichsbund kaum eine andere Wahl: Sie waren zur Selbstbehauptung gezwungen; ihr Engagement wurde aus der größten Not geboren. Viele von ihnen hatten durch den Ersten Weltkrieg den Mann verloren oder er war als Kriegsinvalide heimgekehrt und konnte die Familie nicht mehr versorgen. Wenn sie und ihre Kinder nicht verhungern wollten, mussten die Frauen lernen, für ihre wirtschaftliche und soziale Sicherung zu kämpfen.

Die ersten Frauen im Reichsbund wurden nicht von allen mit offenen Armen empfangen. Vergegenwärtigt man sich die Situation von Frauen in der damaligen Zeit, so wird bewusst, dass sie politisch größtenteils ungeschult waren. Ein Grund dafür war u. a., dass Frauen bis zur Jahrhundertwende sowohl die Teilnahme an Versammlungen als auch die Mitgliedschaft in Vereinen verboten war. Auch andere Rechte wie etwa die Zulassung zu einem Studium mussten sie sich hart erkämpfen. So erscheint es nicht verwunderlich, dass nicht alle Mitglieder des damaligen Reichsbundes Frauen zutrauten, Funktionen einzunehmen und für ihre Interessen selbst einzutreten.

1919: Beginn organisierter Frauenarbeit im Verband

Aber es gab auch Befürworter weiblicher Mitgliedschaft. Bereits kurze Zeit nach Gründung des Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer findet sich in der Mitgliederzeitschrift vom 13. Dezember 1918 folgende Meldung (Auszug): „Am 4. Dezember berief die Ortsgruppe Frankfurt am Main eine öffentliche Versammlung der Kriegshinterbliebenen ein, um sie zu organisieren. Die Versammlung nahm einen imposanten Verlauf und zeigte, dass die Frauen mit ganzem Herzen bereit sind, an der Verbesserung der Lage mitzuarbeiten. Der Vorsitzende Eichinger beleuchtete eingehend die Notwendigkeit der Organisation

der Kriegshinterbliebenen, sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. (...) Nachdem der offizielle Teil der Versammlung erledigt war, gingen wir zur Gründung der Sektion Kriegshinterbliebene, die bei einer Besucherzahl von zirka 600 die stattliche Zahl von 350 Aufnahmen erwies. (...)“

Nur wenig später, am 15. Januar 1919, rief der Bundesvorstand die Ortsgruppen zur Gründung von Hinterbliebenensektionen nach dem Frankfurter Vorbild auf. Dies war der Beginn organisierter Frauenarbeit im Verband.

Immer mehr Frauen fanden fortan den Mut, Lösungen für ihre soziale Sicherung zu suchen und entsprechende politische Vorschläge zu unterbreiten. Auch ihre Rechte als Staatsbürgerinnen lernten die Frauen

kennen und einzufordern. Mit Nachdruck trugen sie ihren Protest gegen eine ungerechte Politik in die Öffentlichkeit. Im Laufe der Jahrzehnte haben die Frauen im Sozialverband Deutschland auf diese Weise vieles zum Besseren wenden können.

Frauenarbeitskreis 1990 als Gremium konstituiert

Wesentlich für eine stärkere Institutionalisierung war die Gründung des Bundesfrauenarbeitskreises, der sich am 3. Mai 1990 unter Leitung der damaligen Bundesfrauensprecherin Sophie Goetzke konstituierte. Seit seiner Gründung gehören diesem Gremium jeweils eine Frau und ihre Vertreterin aus jedem SoVD-Landesverband an. Der Ausschuss für Frauenpolitik, wie sich das Gremium heute nennt, beschäftigt sich mit Fragen weiblicher Armut, mit den Problemen von Frauen mit Behinderung, den spezifischen Herausforderungen von Frauen in der Arbeitswelt, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Zu den Erfolgen organisierter Frauenarbeit gehört z. B. die Durchsetzung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung für die älteren, vor 1921 geborenen Mütter. Ab Oktober 1987 erhielten zudem stufenweise die vor 1921 geborenen Mütter die Kindererziehungsleistung.

Noch nicht lange zurück liegt die jüngste Protestaktion, die die



Foto: picture alliance/dpa/Stapleton Historical Collection

Im Ersten Weltkrieg und danach hungerten große Teile der Bevölkerung. Zahllose Frauen, die als Kriegerwitwen unversorgt waren, mussten buchstäblich nach Essbarem suchen. Ihre bittere Not war einer der Gründe für die organisierte Frauenarbeit im Verband.

im SoVD organisierten Frauen gemeinsam mit anderen Sozialverbänden, dem Deutschen Frauenrat und Gewerkschaften durchführte: Im Oktober 2015 startete die bundesweite Unterschriftenaktion gegen die Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten in Ost und West. Ein Auslöser für die Aktion war zudem die Regelung, dass Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, bei der Rente benachteiligt werden.

Von Gleichberechtigung immer noch weit entfernt

Neben Erfolgen, die Protestaktionen, sozialpolitische Stellungnahmen, der intensive Dialog mit den politisch Verantwortlichen und die konsequente Information von Frauen mit sich brachten, bestehen zahlreiche Benachteiligungen weiterhin fort. Ganz vorne zu nennen ist hierbei die Lohnentgeltlücke zwischen den Geschlechtern von immer noch 21 Prozent. Diese führt im Endergebnis vielfach dazu, dass Altersarmut in Deutschland insbesondere Frauen trifft.

Von der Zielvorgabe, die 1949 im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wurde (Artikel 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“), ist die gesellschaftliche Realität auch deshalb noch weit entfernt.

Frauenpolitische Arbeit im Verband unverzichtbar

Zu den unverzichtbaren Forderungen der Frauen im SoVD gehören aktuell die Abschaffung des Niedriglohnsektors, in dem in überproportionalem Maße Frauen vertreten sind sowie eine tatsächliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch die konsequente Anerkennung und Förderung der Erziehungs- und Pflegeleistungen von Frauen sowie eine verbesserte berufliche Teilhabe von behinderten und nicht behinderten Frauen stehen im Zentrum der Bestrebungen.

Die sozialpolitische Arbeit der Frauen ist insofern auch nach nahezu 100 Jahren ihres Bestehens unverzichtbarer Bestandteil und wichtige Stütze in der Verbandsarbeit. veo



Foto: Wolfgang Borrs

Seit 2007 tritt Edda Schliepack als Bundesfrauensprecherin des SoVD für die Frauenrechte ein.